

Editorial Mitgliederbrief Juli 2024

Liebe Mitglieder, Freundinnen und Freunde der Europa-Union!

die Ergebnisse der Europawahlen haben sehr deutlich gemacht, wie sich die politische Landschaft und die Stimmung in den Mitgliedstaaten in den letzten fünf Jahren in Europa verändert hat. Viele Bürgerinnen und Bürger fühlen sich unzufrieden und verunsichert, was sich in einem Anstieg populistischer und rechts-extremer Abgeordneter widerspiegelt. Es ist aber auch ermutigend zu sehen, dass in einigen Ländern wie Polen autoritäre Kräfte an Einfluss verloren haben. Die Entwicklungen in anderen Ländern, insbesondere in Frankreich und Deutschland, sind jedoch alarmierend. Es ist deswegen wichtig, dass diejenigen, die an eine starke, demokratische und föderale europäische Idee glauben, sich zusammenschließen und ihre Kräfte bündeln.

Dass dies möglich ist, haben die Europawahlen gezeigt. Auch wenn die neu geordneten politischen Kräfteverhältnisse innerhalb des Europäischen Parlaments die gesetzgeberische Arbeit sicherlich nicht einfacher machen, hat das Europäische Parlament schon im Juli deutlich gemacht, dass die demokratische Mitte in Europa hält. Zumindest bei den ersten wichtigen Entscheidungen blieb die Brandmauer nach rechts auch auf europäischer Ebene standhaft. So wurde Ursula von der Leyen mit einer komfortablen Mehrheit für eine zweite Amtszeit zur Kommissionspräsidentin gewählt, wobei die Stimmen hauptsächlich aus den pro-europäischen Fraktionen der EVP, S&D, Liberalen und Grünen stammten. Dies kann als Zeichen der Stabilität in unsicheren Zeiten gewertet werden, denn ein Scheitern ihrer Wahl hätte die EU in ein Führungschaos stürzen können.

Auch bei der Besetzung wichtiger Posten im Europäischen Parlament wie die der Vizepräsidenten oder der Vorsitzenden der parlamentarischen Ausschüsse sind die rechtsradikalen Parteien leer ausgegangen.

Das ist auch gut so, denn der Versuch, reaktionäre Kräfte im Europäischen Parlament zu integrieren und mit einflussreichen Posten zu versehen, könnte gefährliche Konsequenzen haben und sollte mit Vorsicht betrachtet werden.

In den kommenden Monaten wird es entscheidend sein, wie die Politik auf die Erwartungen der Wählerinnen und Wähler reagieren wird, und welche Reformen sie anstoßen wird, um die EU zukunftsfähig zu gestalten. Ein zentrales Anliegen wird sicherlich die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit in allen Mitgliedstaaten sein. Nur durch die Gewährleistung von Transparenz, Gerechtigkeit und Gleichheit vor dem Gesetz kann das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Europäischen Institutionen gefestigt werden. Um den globalen Herausforderungen gerecht zu werden und um die Werte der EU auch international zu verteidigen, muss außerdem die Außenpolitik überdacht und angepasst werden. Diese und weitere Themen möchte ich gemeinsam mit dem neu gewählten Vorstand der EUD Brüssel und Ihnen in den kommenden zwei Jahren begleiten und diskutieren.

Es war für mich eine große Freude zu sehen, wieviel Engagement, Begeisterung und Leidenschaft für die europäische Idee, der frisch gewählte Vorstand nach der Wahl gezeigt hat. An dieser Stelle möchte ich mich – auch im Namen meiner Vorstandskolleginnen und -kollegen – herzlich für Ihr Vertrauen und Ihre Unterstützung bedanken. Gemeinsam werden wir daran arbeiten, den Dialog und die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten zu fördern und die Werte der Demokratie zu verteidigen.

In unserer ersten konstituierenden Sitzung haben wir auch schon viele Ideen ausgetauscht. Und so viel kann ich schon verraten: Spannende politische Debatten wie das Debriefing zum Europäischen Rat mit dem deutschen Botschafter Michael Clauß, die Elefantenrunde vor den Bundestagswahlen, die neue

Gesprächsreihe mit Botschaftern aus den EU-Mitgliedstaaten zum Thema „Chancen & Krisen in Europa“ oder unsere monatliche Veranstaltungsreihe für junge Berufstätige und Praktikant:innen in Brüssel „MEET the MEP“ werden natürlich bleiben und fortgesetzt. Wir möchten aber auch neue Projekte ins Leben rufen. Seien Sie gespannt!

Wenn Sie Interesse haben, sich aktiv zu beteiligen, zögern Sie nicht, auf uns zuzukommen. Wir freuen uns immer über engagierte Mitstreiterinnen und Mitstreiter.

Ich wünsche Ihnen viel Freude beim Lesen unseres Mitgliederbriefes und hoffe, Sie nach der Sommerpause bei unseren Veranstaltungen persönlich zu treffen.

Ihre Ilka Wölfle

(Vorsitzende der Europa-Union Deutschland,
Verband Brüssel)



Wir haben einen neuen Vorstand gewählt

Von Julia Preiss, stellv. Vorsitzende der Europa-Union Deutschland, Verband Brüssel.

Mit frischem Elan und einigen neuen Gesichtern startet die EUD Brüssel in die Zukunft. Bei den Neuwahlen des Vorstandes am 3. Juli 2024 hat die Mitgliederversammlung viele engagierte Mitglieder in den neuen Vorstand gewählt. Mit ihrer großen Begeisterung für ein geeintes und demokratisches Europa und ihren neuen Impulsen wollen sie sich gemeinsam in den nächsten zwei Jahren für ein friedliches, freiheitliches und föderales Europa einsetzen, das demokratisch, transparent und handlungsfähig ist.

An der Spitze des Vorstandes steht ab sofort Ilka Wölfle als Vorsitzende. Die ausgewiesene Europaexpertin hat sich bereits in den vergangenen Jahren im Vorstand engagiert und folgt auf Prof. Dr. Frank Hoffmeister, der nach zwei Amtszeiten nicht erneut für den Vorsitz kandidierte. Zu den stellvertretenden Vorsitzenden wurden Julia Preiss und Ottmar Berbalk ernannt. Damit weiß die neue Vorsitzende, dass sie auf zwei engagierte und europaerfahrene Kollegen bauen kann. Das Amt des Schatzmeisters übernimmt Sebastian Schulte-Derne.

Der neue Vorstand des Brüsseler Verbandes der Europa-Union Deutschland setzt sich zudem aus weiteren engagierten Mitgliedern zusammen, die Erfahrungen aus den Europäischen Institutionen, den Landesvertretungen in Brüssel und Interessenvertretungen mitbringen. Gewählt wurden als Beisitzerinnen und Beisitzer: Christian Beck, Benjamin Feyen, Teresa Geyer, Joachim Herrmann, Annemarie Hertner, Lars Koenig, Sabine Overkämping und Christian Spahr.

Wölfle äußerte sich nach ihrer Wahl begeistert über die neue Aufgabe: „Ich freue mich sehr, den Brüsseler

Verband der Europa-Union Deutschland als Vorsitzende zu vertreten und gemeinsam mit meinen Vorstandskolleginnen und -kollegen die europäische Idee weiter voranzutreiben. Gerade in Zeiten von Unsicherheit und Herausforderungen ist es wichtig, dass wir zusammenhalten und gemeinsam für ein geeintes, friedliches und demokratisches Europa kämpfen.“



Auch Prof. Dr. Frank Hoffmeister bleibt dem Vorstand erhalten. Aufgrund seines außergewöhnlichen Engagements und seiner langjährigen Verdienste für die EUD Brüssel wurde er von der Mitgliederversammlung zum Ehrenvorsitzenden ernannt. Er wird weiterhin beratend dem Vorstand zur Seite stehen und seine Erfahrung und Expertise in die Arbeit der EUD Brüssel einbringen.

Wir gratulieren allen neu gewählten Vorstandsmitgliedern und bedanken uns herzlich bei der Landesvertretung Niedersachsen für die Ausrichtung des Abends.

Elefantenrunde zur Europawahl

Podiumsdiskussion vor der Europawahl

Von Angela Schweizer, ehemalige stellv. Vorsitzende der Europa-Union Deutschland, Verband Brüssel

Für wie „liberal“ hält die FDP die neue Migrationspolitik der EU? Wie wichtig ist der CDU das „Green“ am Industrial Deal? Wie vereint die AfD ihren Patriotismus mit der Nähe von Teilen ihrer Partei zu Russland? Und glaubt die SPD, dass durch die Abstimmung zum Asyl- und Migrationspakt das Thema nun als Wahlkampfmunition entschärft wurde?

Antworten auf diese spannenden Fragen erhielten über 600 interessierte Zuschauerinnen und Zuschauer am 10. April bei der traditionellen „Elefantenrunde“ mit Spitzenvertretern aller im Bundestag vertretenen Parteien, organisiert von der Europa-Union Brüssel gemeinsam mit der hessischen Landesvertretung in Brüssel. Die Podiumsdiskussion mit politischen Schwergewichten hat sich in Brüssel fest etabliert und auch in diesem Jahr den Europawahlkampf eingeleitet.

Auf dem Podium saßen Katarina Barley (SPD), Daniel Caspary (CDU), Moritz Körner (FDP), Maximilian Krahn (AfD) Terry Reintke (GRÜNE) und Martin Schirdewan (Linke). Die Paneldiskussion drehte sich vor allem um zwei thematische Schwerpunkte: einerseits den gerade vom Europäischen Parlament beschlossenen Asyl- und Migrationspakt, andererseits die Verteidigungsfähigkeit der EU im Angesicht der russischen Bedrohung sowie die nötige Unterstützung für die Ukraine. Katarina Barley betonte, dass ihre Partei die „Zähne zusammengebissen“ und dem Asyl- und Migrationspakt zugestimmt habe, um die EU in diesem Bereich endlich voranzubringen und einen funktionierenden Rechtsrahmen zu schaffen. Terry Reintke thematisierte die aus Sicht ihrer Partei problematischen Punkte des Paktes, wie die humanitäre Situation der Geflüchteten an den europäischen Außengrenzen. Martin Schirdewan bezeichnete den Tag der Abstimmung gar als „Schwarzen Tag in Europa“ worauf Moritz Körner einwarf, dass, wer diese Abstimmung als „Schwarzen Tag für Europa“ bezeichne, der extremen Rechte in Europa in die Hände spielen würde. Das Finden schwieriger Kompromisse gehöre in Europa zur Tagesordnung und es brauche dringend eine Ordnung in der Asylrechtspolitik.

Auf die Frage des Moderators, wie es nach dem Krieg

in der Ukraine weitergehen solle, antwortete Daniel Caspary, dass viel zu viel über die Zeit nach dem Krieg gesprochen werde und zu wenig darüber, dass sich die Ukraine mitten im Krieg befinde und drohe. Es brauche dringend eine Stärkung der gemeinsamen Verteidigungsunion. Maximilian Krahn antwortete auf die Kritik der AfD-Nähe zu Russland, dass Patriotismus auch bedeute zu deeskalieren, da der Krieg ein Abnutzungskrieg sei, der dringend beendet werden müsse. Woraufhin Katarina Barley die Russlandnähe einiger AfD-Politiker als Sicherheitsrisiko für die gesamte EU bezeichnete. Terry Reintke argumentierte, dass die EU sich gegen die Unfreiheit, die Putin bedeutet, zur Wehr setzen müsse. Notfalls auch mit Waffen.

Die hitzige Diskussion musste an dieser Stelle aus Zeitgründen beendet werden, obwohl noch ein dritter Themenblock „Wirtschaft und Wettbewerbsfähigkeit“ geplant war.

EUD auch im 10. Europaparlament stark vertreten: Neukonstituierung der EUD-Parlamentariergruppe am 10. Juli 2024

Von Julia Preiss, stellv. Vorsitzende der Europa-Union Deutschland, Verband Brüssel.

Kurz nach den Europawahlen und noch vor der Neukonstituierung des 10. Europäischen Parlaments luden EUD-Präsident Rainer Wieland, JEF-Bundesvorsitzende Clara Föllner und noch-Vorsitzender der EUD-Parlamentariergruppe Niklas Nienaß am 10. Juli 2024 zur Versammlung der Mitglieder der EUD und JEF in das Europäische Parlament in Brüssel ein.

In Anwesenheit von Europaabgeordneten der vergangenen sowie der kommenden Legislaturperiode konnte schließlich per Akklamation ein neuer Vorstand der EUD-Parlamentariergruppe gewählt werden, dem auch künftig Mitglieder der im Bundestag vertretenen pro-europäischen Parteien angehören. Zur neuen Vorsitzenden der Parlamentariergruppe wurde Prof. Dr. Andrea Wechsler (CDU) gewählt. Stellvertretende Vorsitzende sind Sabrina Repp (SPD), Markus Ferber (CSU) und Andreas Glück (FDP). Ein weiteres Vorstandsmitglied wird von der Partei Bündnis 90/Die Grünen nachnominiert. Unter den neu oder wieder ins Europäische Parlament eingezogenen Europaabgeordneten gehören aktuell 60 deutsche Abgeordnete der Europa-Union Deutschland (EUD) an. Damit verfügen nicht nur der Deutsche Bundestag und einige Länderparlamente, sondern auch das EU-Parlament in Brüssel weiterhin über eine EUD/JEF-Parlamentariergruppe und damit über eine starke Stimme für ein föderales Europa.

Neben EUD-Generalsekretär Christian Moos und dem Vorsitzenden der JEF Belgien, Kalojan Hoffmeister, war auch die EUD Brüssel mit ihrer Vorsitzenden Ilka Wölfle und stellvertretenden Vorsitzenden Julia Preiß vertreten. So hatte die EUD Brüssel erstmals die Gelegenheit, an der Neu-Konstituierung der EUD-Parlamentariergruppe persönlich teilzunehmen, den Parlamentariern die Arbeit des Brüsseler Auslandsverbands vorzustellen und den Wunsch nach einer Fortsetzung der bisherigen Zusammenarbeit zu unterstreichen.

So hat die EUD-Brüssel fest vor, die in der vergangenen Wahlperiode erfolgreich etablierten gemeinsamen Formate, wie „Meet the MEP“ oder ein gemeinsames Herbstfest, auch in der kommenden Legisla-

turperiode fortzusetzen und darüber hinaus neue Kooperationsmöglichkeiten ins Leben zu rufen.

Der Vorstand der EUD Brüssel gratuliert dem neu gewählten Vorstand der EUD-Parlamentariergruppe ganz herzlich und freut sich, die europäische Idee weiter gemeinsam voranzutreiben und für ein geeintes, friedliches und demokratisches Europa zu kämpfen.



Gastbeitrag

Mehrheitsbildung im neuen Europäischen Parlament: Ein formaler Koalitionsvertrag kann mehr Stabilität bringen und die Demokratie stärken

Von Dr. Manuel Müller, Senior Research Fellow am Finnish Institute of International Affairs

Bekommt Ursula von der Leyen eine zweite Amtszeit als Präsidentin der Europäischen Kommission? Als Spitzenkandidatin der Europäischen Volkspartei (EVP), die bei den EU-Wahlen vom 6. bis 9. Juni 2024 die meisten Sitze errungen hat, hat sie starke politische Argumente für sich. Im Europäischen Rat gibt es wenig Appetit auf weitere institutionelle Unsicherheiten, insbesondere angesichts der Neuwahlen in Frankreich Ende Juni. Für das Europäische Parlament wiederum ist von der Leyens Wahl die einzige plausible Möglichkeit, dem Spitzenkandidatenverfahren gerecht zu werden. Und ohnehin hat sich bislang keine andere Kandidat:in herauskristallisiert, die in beiden EU-Organen die erforderlichen Mehrheiten erreichen könnte.

Nach der Wahl forderte EVP-Fraktionschef Manfred Weber die Sozialdemokrat:innen und Liberalen auf, von der Leyen rasch zu unterstützen. Doch obwohl nur wenige politische Akteur:innen eine zweite Amtszeit für von der Leyen rundheraus ablehnen, ist ihr Weg noch nicht frei. Bevor sie ihrer Wiederwahl zustimmen, wollen die anderen Fraktionen der Mitte Zusicherungen sowohl hinsichtlich politischer Inhalte als auch hinsichtlich der Art und Weise, wie die EVP künftig Mehrheiten im Parlament bilden wird – insbesondere einen Verzicht auf die Zusammenarbeit mit Rechtsaußen-Parteien.

Tradition flexibler Mehrheiten

Dieses starke Interesse an der Vorab-Festlegung künftiger parlamentarischer Mehrheiten mag überraschend erscheinen. Während es in den meisten nationalen Parlamenten eine klare Unterscheidung zwischen Regierungs- und Oppositionsparteien gibt, sind die Mehrheiten im Europäischen Parlament traditionell flexibel und themenspezifisch. Die meisten Entscheidungen wurden dabei immer von einer „Großen Koalition“ getroffen, die sich aus den wichtigsten Fraktionen der Mitte zusammensetzte: der konservativ-christdemokratischen EVP, der sozialdemokratischen S&D und der liberalen Renew Europe (RE), oft ergänzt durch die Grünen. Diese Zusammenarbeit ist jedoch weitgehend informell geblieben, mit nur wenigen Vereinbarungen in Verfahrensfragen.

Außerdem gab es daneben meistens noch alternative Mehrheiten, die bei bestimmten Abstimmungen zum Tragen kamen. In den letzten fünf Jahren haben sich beispielsweise S&D, RE und Grüne manchmal mit der Linksfraktion zur einer knappen Mitte-Links-Mehrheit zusammengetan, vor allem in Umwelt- und Sozialfragen. Die EVP wiederum bildete in der Vergangenheit zeitweise ein Mitte-Rechts-Bündnis mit der RE- und der EKR-Fraktion, die damals von den britischen Conservatives dominiert wurde. Dieses Bündnis verlor jedoch bei den Wahlen 2019 seine Mehrheit und war nach dem Brexit auch politisch nicht mehr tragfähig, da die polnische PiS und die italienischen FdI die EKR-Fraktion weit nach rechtsaußen trugen.

Die versuchte Rechtsöffnung der EVP erzeugt Misstrauen

Die Wahlen 2024 haben die politische Landschaft erneut verändert. Obwohl die beiden Rechtsaußenfraktionen EKR und ID ihren Sitzanteil erhöht haben, können sie von den anderen politischen Kräften immer noch leicht überstimmt werden. Durch die Wahlverluste der Grünen und der Liberalen kann das Mitte-Links-Bündnis im neuen Parlament jedoch keine Mehrheit mehr bilden. Dies stärkt die Position der EVP, die nun de facto ein Vetorecht hat und die Mittel-links-Fraktionen in jedem Fall zum Aushandeln von Kompromissen zwingen kann.

Darüber hinaus will die EVP-Führung die Machtposition ihrer Fraktion weiter verbessern, indem sie neue Mehrheitsoptionen auf der rechten Seite eröffnet. Damit ist nicht ein stabiles Bündnis mit der EKR oder der ID gemeint, das politisch ohnehin nicht möglich wäre. Vielmehr will sich die EVP weiterhin in erster Linie auf die Große Koalition stützen, dabei aber auch jene Rechtsaußenparteien in die Mehrheitsbildung mit einbeziehen, die „pro-EU, pro-Ukraine und pro-Rechtsstaat“ sind – wozu aus Sicht der EVP die italienischen FdI, nicht aber die polnische PiS oder das französische RN zählen. Aber selbst eine solche begrenzte Öffnung nach rechts könnte es der EVP ermöglichen, bei der Mehrheitsbildung auf die Grünen und den linken Flügel von S&D und RE zu verzichten. Die plausible Landezone für politische Kompromisse

im Parlament läge damit künftig sehr nahe bei den Positionen der EVP selbst. S&D, RE und Grüne hingegen lehnen eine solche Unterscheidung zwischen vermeintlich akzeptablen und inakzeptablen Rechtsaußen-Parteien ab. Im Wahlkampf forderten sie die EVP wiederholt auf, jegliche Zusammenarbeit mit EKR und ID auszuschließen, was diese jedoch stets zurückwies. Dass es im Parlament keine stabile rechte Mehrheit ohne S&D und RE gibt, gibt diesen nun allerdings ein Druckmittel in die Hand, um die Wiederwahl von der Leyens von bestimmten Zugeständnissen abhängig zu machen. Neben politischen Zielen wie der Fortführung des Green Deals dürften diese Zugeständnisse vor allem auch eine ausdrückliche, möglicherweise schriftliche Verpflichtung beinhalten, keine Mehrheiten mit Rechtsaußenparteien anzustreben.

Ein Koalitionsvertrag würde das Parlament stärken

Wenn es dazu kommt, könnten die Herausforderung durch die extreme Rechte, das wachsende Misstrauen zwischen der EVP und den anderen Fraktionen und der Mangel an alternativen Mehrheiten zuletzt noch zu einem demokratischen Fortschritt führen: einem echten Koalitionsvertrag auf europäischer Ebene. Eine solche Vereinbarung würde eine stabilere und formalisiertere Zusammenarbeit ermöglichen und die demokratische Transparenz und Verantwortlichkeit erhöhen. Langfristig würde sie auch die institutionelle Position des Parlaments stärken, das auf diese Weise seinen eigenen politischen Prioritäten neben der Strategischen Agenda des Europäischen Rates und den Politischen Leitlinien der Kommission sichtbarer machen könnte.

In den kommenden Wochen werden sowohl die EVP als auch der Europäische Rat wahrscheinlich darauf drängen, die Wahl der nächsten Kommissionspräsident:in schnell abzuschließen, um institutionelle Instabilität zu vermeiden. Tatsächlich hat die unglückliche Entscheidung des Europäischen Rates, die Europawahl erst im Juni statt im Mai abzuhalten, den Zeitrahmen für die Ernennung der Kommission unnötig verkürzt. Das Parlament sollte sich aber nicht zu sehr unter Druck setzen lassen. Jetzt eine verlässliche Vereinbarung zwischen den großen Fraktionen auszuhandeln wird die politische Stabilität für die nächsten fünf Jahre verbessern und ist es allemal wert, von der Leyens Wiederwahl von Juli auf September zu verschieben.



Dr. Manuel Müller ist Senior Research Fellow am Finnish Institute of International Affairs (FIIA) in Helsinki. Er ist zudem Gründer und Betreiber des seit 2011 bestehenden Blog „Der Föderalist“ (www.foederalist.eu).

10 Fragen an... Ottmar Berbalk

Stellv. Vorsitzender der Europa Union Deutschland, Verband Brüssel

- 1.) **Tätigkeit:** Freiberuflicher Berater und Kommunikationsexperte
- 2.) **In Brüssel seit:** August 2000
- 3.) **Hobbies:** Wandern, Hundesport, Lesen
- 4.) **Man trifft mich in Brüssel:** Am Merode, am Place Luxembourg oder (nicht ganz Brüssel) im Park Tervuren
- 5.) **Eine meiner Lieblingsaussichtspunkte in Brüssel:** Eingangsbereich vom irischen Pub Kitty O'Shea's mit Blick auf das Berlaymont
- 6.) **Meine Buchempfehlung:** Jeder stirbt für sich allein von Hans Fallada
- 7.) **Lieblingszitat oder Motto:** „Alles hat seine Zeit
- 8.) **Bei der Europa-Union bin ich dabei:** Weil das integrierte Europa trotz aller Widrigkeiten ein politisches Kunststück ist
- 9.) **Europa bedeutet für mich:** Brüssel
- 10.) **Mein Wunsch an Europa:** Freude an der Gemeinsamkeit wie an den Unterschieden



IMPRESSUM

Europa-Union Deutschland e.V. Verband Brüssel
c/o UEF
Rue d'Arlon 53
B - 1000 Brüssel
E-Mail: info@eud-bruessel.eu
www.eud-bruessel.eu

Redaktion: Lars Koenig, Ilka Wöfle
Layout: Benjamin Feyen
Redaktionsschluss: Juni 2024